

Es informiert Sie Ursula Albel
Anschrift Rathaus Barmen
42275 Wuppertal
Telefon (0202) 563 6677
Fax (0202)
E-Mail ratsfraktion@pds-wuppertal.de
Datum 16.03.2007
Drucks. Nr. VO/0272/07
öffentlich

Herrn Oberbürgermeister Peter Jung

Antrag

Zur Sitzung am	Gremium
21.03.2007	Hauptausschuss
26.03.2007	Rat der Stadt Wuppertal

**Resolution gegen die Änderung des Sparkassengesetzes
Antrag der Ratsfraktion der LINKSPARTEI.PDS vom 16. März 2007**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

der Rat der Stadt Wuppertal möge folgende Resolution an die Landesregierung richten:

Der Rat der Stadt fordert die Landesregierung auf, die beabsichtigte Änderung des Landes-Sparkassengesetzes NW aufzugeben und wendet sich entschieden gegen eine Privatisierung der Stadtsparkasse!

Begründung:

Der Gesetzesentwurf sieht unter vor, dass die Sparkassen zukünftig Stammkapital in ihrer Bilanz ausweisen dürfen.

Dies bedeutet einen ersten Schritt zu einer Privatisierung der Sparkassen. Denn dann könnten Großbanken die im öffentlichen Auftrag wirtschaftenden Sparkassen übernehmen.

Das gemeinwohlorientierte Geschäftsprinzip der Sparkassen darf nicht aufgegeben werden. Bereits im November 2006 erklärte der Gesamtvorstand der kommunalen Spitzenverbände nachdrücklich, die Sparkassen seien gerade für die regionale Wirtschaft und die Versorgung aller Bevölkerungsteile unverzichtbar: „Die Sparkassen sind die Finanzinstitute für den Mittelstand, sie versorgen wirtschaftlich schwache Haushalte und sie sind Instrumente der Regionalpolitik. Sie sichern Arbeitsplätze und sind bedeutende Investoren und Gewerbesteuerzahler. Sie orientieren sich nicht wie Privatbanken an den materiellen Interessen ihrer Eigentümer.“

Sparkassen müssen ihre Gewinne vollständig für das Gemeinwohl verwenden.

Die lokale Wirtschaftsförderung und ein flächendeckendes Geschäftsstellennetz werden durch die geplante Gesetzesänderung auch in Wuppertal in Frage gestellt. Dies geschieht zum Nachteil der KundInnen und der Beschäftigten. Von den 35 Zweigstellen im Stadtgebiet

würden ca. 10 geschlossen werden. 250 MitarbeiterInnen droht eine betriebsbedingte Kündigung.

Die soziale und kulturelle Förderung durch die Sparkasse entfiere. Die Beschaffung günstiger Kredite würde für kleine Betriebe schwerer werden.

Aus diesen Gründen wendet sich der Rat der Stadt gegen die beabsichtigte Änderung des Sparkassengesetzes.

Mit freundlichen Grüßen

Elisabeth August
Stadtverordnete

Elke von der Beeck
Stadtverordnete

Gerd-Peter Zielesinski
Fraktionsvorsitzender